

Freie Meinung

Ausgabe 4/2013

Quo vadis - Schule?

Leseprobleme zwischen altem Wein und Inkompetenz

IN DIESER AUSGABE

Siegfried Neyer befürchtet
alten Wein
in neuen Schläuchen

Keine faulen Kompromisse
fordert
Dieter Grillmayer

Wie Inkompetenz unser Schul-
wesen zerstört
betrachtet Dr. Sepp Pasteiner

Eine Million Österreicher
hat Leseprobleme!

USA
Lehrer schwindeln
bei den Noten



*Schönes Weihnachtsfest
und alles Gute für 2014*

Alter Wein in neuen Schläuchen?

Von Siegfried Neyer



Die Nationalratswahlen sind geschlagen und es ist das eingetreten, was zu befürchten war. Die alte Rot-Schwarze Koalition hat – wenn auch unter Verlusten – ihre Mehrheit im Nationalrat gerettet. Während für die SPÖ immer nur eine Koalition mit der ÖVP in Frage kam, spielte die ÖVP offenbar zur Verbesserung ihrer Verhandlungsposition auch mit anderen möglichen Varianten. Jedenfalls wurde von beiden vollmundig davon gesprochen, dass man neu regieren will. Die erste Neuerung, die vor allem bei einigen Lehrern für Freudentränen sorgte, war die Ankündigung von Unterrichtsministerin Schmied, der nächsten Regierung nicht mehr angehören zu wollen. Die Frage ist, ob man sich nicht zu früh freut. Kommt etwas Besseres nach? Nach bisherigen Erfahrungen ist die Wahrscheinlichkeit dafür eher gering.

Nach Aufnahme der Koalitionsverhandlungen wurde von Rot und Schwarz bereits festgehalten, dass das neue Lehrerdienstrecht nicht erneut verhandelt wird, sondern nach Berücksichtigung der

Stellungnahmen dem Parlament zugeleitet wird. Zu befürchten ist dabei aber, dass die Änderungen, wenn überhaupt, nur in marginalen Teilen erfolgen. Die neue Regierung wird sicher die Gelegenheit nutzen, das neue Dienstrecht durchzudrücken, denn die nächsten Wahlen stehen erst in fünf Jahren an. Dieses neue Dienstrecht verspricht bedeutende Einsparungen für den Bund. Immerhin haben Lehrer nach dem neuen Dienstrecht 20% mehr Unterricht zu leisten und das bei maximal annähernd gleicher Bezahlung. Der Bund spart sich damit den Gegenwert von ca. 15.000 Dienstposten ein. Für den einzelnen Lehrer bedeutet dies eine Einbuße in der Lebensverdienstsumme von mehreren 100.000,- Euro (nach Berechnungen der GÖD). Selbst für Volksschullehrer ergeben sich Einbußen, vor allem wenn man die deutlich längere Ausbildung berücksichtigt. Die berechnete Frage lautet: Wer will noch Lehrer werden, wenn bei längerer Ausbildung eine geringere Lebensverdienstsumme wartet? Kann man jungen Menschen unter diesen Voraussetzungen noch guten Gewissens zu diesem Beruf raten? Werden dann tatsächlich wie erwünscht die Besten diesen Beruf ergreifen?

Wer immer auch in der neuen Regierung den Unterrichtsbereich, möglicherweise auch kombiniert mit der Wissenschaft, übernehmen wird, wir Lehrer sollten uns nicht viel erwarten. Der finanzielle Druck auf den Staat ist weiter hoch und da kann noch so oft gesprochen werden, dass die Bil-

dung verbessert werde und dass man mehr Geld in die Bildung investieren wolle, die Tatsachen sind ganz andere. Die Neue Mittelschule, die bald flächendeckend die Hauptschulen ersetzen wird, verschlingt immer mehr Personal, das Geld dafür ist aber nur spärlich vorhanden, also wird das Gymnasium ausgehungert, wie wir seit einigen Jahren schon feststellen mussten. Dieser hohe Personaleinsatz, der auch in einer Gesamtschule nötig wäre, dürfte auch der Grund dafür sein, dass im neuen Dienst- und Besoldungsrecht die Lehrverpflichtung um 20% erhöht wird (ohne entsprechende finanzielle Abgeltung).

Interessant dürfte auch das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen im Schulwesen sein. Die SPÖ drängt nach wie vor auf die Gesamtschule, die ÖVP ist zwar offiziell dagegen, schickt aber ausgerechnet den Salzburger Landeshauptmann Haslauer in die Verhandlungen, der ja, wie seine schwarzen Kollegen in Tirol und Vorarlberg, der Gesamtschule nicht abgeneigt ist. Als Kompromiss wurde schon die Möglichkeit ins Auge gefasst, die Unterstufe der Realgymnasien abzuschaffen. Dieter Grillmayer, langjähriger Gymnasialdirektor und mein Vorgänger im Amt des FÖLV-Obmannes, widmet sich auf den Seiten 3 bis 6 diesem Thema.

Möglich ist aber auch, dass sich Rot und Schwarz blockieren und daher überhaupt nichts weitergeht, was die Qualität der Bildung verbessern könnte. Sollte das Gesetz zur Verbesserung der direk-

Thema Gesamtschule: **Keine faulen „Kompromisse“!** von Dieter Grillmayer

Es ist weder meine Art, schwarz-weiß zu malen noch Justament-Standpunkte einzunehmen oder Drohungen auszustoßen. „Die Presse“ vom 6. August 2012 hat mir in der Rezension meines Buches „Schule zwischen Anspruch und Zeitgeist“ neben Kompetenz und Insiderwissen ausdrücklich auch Objektivität und Augenmaß zugebilligt.

Seit 2007, als eine wahrscheinlich von ihrem Chef, dem Ex-Bildungsminister Scholten, von ihrem Schreibtisch bei der schwer verschuldeten „Kommunalkredit“ weggelobte Bankerin namens Claudia Schmied das Unterrichtsressort übernommen und die rot-grüne Gesamtschulidee wiederbelebt hat, bin ich nicht müde geworden, Schmieds Lieblingsprojekt argumentativ zu bekämpfen. In mehreren Printmedien und auch im Internet habe ich Aufsätze platziert, zum Beispiel hier in der FM „Ein Bei-



Alter Wein ... (Fortsetzung):

ten Demokratie kommen und Volksbefragungen über Volksbegehren möglich werden, besteht die Chance, die Frage der Gesamtschule über einen Volksentscheid klar zu stellen. Nach bisherigen Umfragen ist immer noch eine klare Mehrheit der Österreicher gegen eine solche. Die nächste Zeit wird daher auch aus Lehrersicht eine durchaus spannende.

trag zur Gesamtschul-Diskussion“ (Folge 2/2007), „Gesamtschule – die eierlegende Wollmilchsau“ (3/2007), „Öffentliche Schulen versus Privatschulen“ (1/2009), „Soziale Durchmischung und Gesamtschule“ (3/2010), „Tarnen und Täuschen“ (4/2012) sowie „Pro und Kontra Gesamtschule in Graz“ (1/2013). Zusätzlich wurden in der FM eine Reihe von Hintergrundinformationen, z. B. Statistiken und Studienergebnisse, sowie ein Vortrag des (ehemaligen?) Präsidenten des deutschen Philologenverbandes Josef Kraus mit dem Titel „Gesamtschule – Wunderwaffe oder Rohrkrepierer?“ (2/2011) abgedruckt.

Kraus ist in einer vergleichsweise komfortablen Situation, spielt doch das Thema Gesamtschule in der BR Deutschland aufgrund ge-

Gesamtschule ist kein Thema in der BRD

lungener Reformen in verschiedenen Bundesländern, die bei den PISA-Ergebnissen erste Erfolge zeigen, derzeit keine große Rolle. Das achtjährige Gymnasium – eine andere zur Matura führende „Allgemeinbildende Höhere Schule“ (AHS) gibt es in Deutschland nicht – steht derzeit nicht zur Disposition. Auch in den anderen EU-Ländern mit AHS-Langformen (Luxemburg, Niederlande, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) gibt es meines Wissens keine Diskussion in der Art, wie sie derzeit in Österreich stattfindet und auf einen „Kompromiss“ zwi-

schen den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP zuläuft.

In dieser Situation ist es nun hoch an der Zeit, die Glacehandschuhe auszuziehen. Beginnen wir mit der „Neuen Mittelschule“ (NMS), welche dem Salzburger LH Haslauer und ÖVP-Chefverhandler in Schulfragen geeignet erscheint, zumindest die Unterstufe der Realgymnasien zu ersetzen. Die NMS

NMS ein pädagogisch verfehltes Konzept

verfolgt ein pädagogisch völlig verfehltes Konzept und ist damit noch ineffizienter als die alte Hauptschule, die sie ersetzen soll. Sie wurde von der fachlich überforderten BM Schmied um viel Geld „erkauft“ bei gleichzeitiger finanzieller Aushungerung aller anderen Schulformen. Die Zustimmung der ÖVP ist für mich ein Rätsel, sie kann nur aus Koalitionstreue und Angst davor, wiederum als Verhindererpartei gebrandmarkt zu werden, erfolgt sein. Entweder haben ihre Schulexperten geschlafen oder wurde ihnen der Mund verboten. So geschieht das nun landauf, landab mit den Lehrern, welche mit der Schulpraxis konfrontiert sind. Schon vor einiger Zeit habe ich aus Kärnten, kürzlich auch von einer in Vorarlberg unterrichtenden Nichte gehört, dass die NMS-Lehrer von ihren Dienstvorgesetzten schwer unter Druck gesetzt werden, nur ja den Mund zu halten. „Wie im Kommunismus“ sagt meine Nichte.

Claudia Schmied hat es sich durch Rücktritt erspart, das Scheitern ihrer Erfindung als Unterrichtsministerin erleben zu müssen. Die Abschiedswünsche von BK Feymann, Schmieds segensreiches Wirken werde sich noch zeigen, dürften fromme Wünsche bleiben. (Lediglich die von StS Kurz initiierte verbindliche sprachliche Frühförderung könnte sich in absehbarer Zeit positiv auswirken.)

NMS bald ohne Lehrer?

Abgesehen von ihrer Ineffizienz werden der NMS ohnehin bald die Lehrer ausgehen oder es wird ihnen Personal zugeführt, das den Anforderungen überhaupt nicht mehr entspricht. Beides ist auch als Folge der ebenfalls von ÖVP und SPÖ zu verantwortenden neuen Form der Lehrerausbildung zu befürchten, die an den tatsächlichen Bedürfnissen kräftig vorbeizieht.

Immer wieder werde ich gefragt, warum denn im Bildungsbereich so viel danebengeht, wo doch alle Fachleute und Insider wissen, woran es wirklich mangelt und wo auch in den interessierten Kreisen durchaus das richtige Gespür dafür vorhanden ist, was getan wer-

Grundproblem: die SPÖ

den müsste. Darauf habe ich folgende Antwort parat:

Das Grundproblem ist eine SPÖ, die aufgrund genereller Rückwärtsgewandtheit noch immer nicht zur Kenntnis genommen hat, dass die Schule in Österreich heute eine ganz andere ist als vor hundert Jahren, wo ihre Klientel

tatsächlich unterprivilegiert war und an die Gesamtschulidee zumindest die Hoffnung geknüpft werden konnte, dass sich das ändert. Inzwischen sind aber nicht nur so gut wie alle Barrieren beseitigt worden, welche die Kinder aus „sozial schwachen Schichten“ noch daran hindern könnten, eine ihrer Veranlagung gemäße Schullaufbahn einzuschlagen, mehr noch hat sich ein repressives Schulsystem grosso modo zu einem demokratisch-humanen gewandelt. In dieses haben sich allerdings inzwischen andere Fehler eingeschlichen, die eine professionelle Regierungspolitik

Rezepte von vorgestern für Probleme von heute

auszumerzen hätte. Keine Frage, es ist viel Sand im Getriebe, aber mit den Rezepten von vorgestern ist dieser nicht zu beseitigen. Das wollen aber nicht nur die ideologisch vorprogrammierten „Roten“, sondern auch die in Bildungsfragen an ihren Rockscheiben hängenden „Grünen“ nicht wahrhaben. Zu allem Überfluss kommt dann noch eine rot-grün dominierte Medienszene dazu, die nicht müde wird, ein in der Beurteilung vielfach überfordertes, aber zu Recht unzufriedenes Publikum mit Fehlinformationen zu versorgen, etwa dass die Befürworter einer gegliederten Mittelstufe dem „Fortschritt“ im Weg stehen und außerdem moralisch defekt sind, weil sie nicht das Wohl der Kinder – aller Kinder – im Auge haben, sondern nur Gruppeninteressen vertreten.

Diese Kampagne hat in Tateinheit mit den tatsächlichen Missständen die ÖVP schwer verunsichert und

– wie es scheint – steuert sie aus Uneinigkeit und Schwäche auf den bereits angedeuteten „Kompromiss“ zu, in der Hoffnung, damit einen Streitpunkt zu beseitigen, das ihr nicht nur selber, sondern der ganzen rot-schwarzen Regierung schadet. (Ein positives Medienecho hat ja nicht lange auf sich warten lassen.) Tatsache ist hingegen, dass Schulkompromisse zwischen ÖVP und SPÖ bisher immer zu Lasten des Bildungssystems ausgegangen sind. Das war schon beim Schulorganisationsgesetz von 1962 so, das die Voraussetzungen für den von LH Haslauer angedachten „Kompromiss“ geschaffen hat. Es lohnt sich daher, darauf zurückzukommen.

Vor 1962 hatten sowohl die Gymnasien (ab der 1. Klasse) als auch die Realgymnasien (ab der 3. Klasse) Latein als Pflichtgegenstand. Auf Betreiben der SPÖ wurde im SchOG 1962 Latein aus der Unterstufe der Realgymnasien eliminiert. Damit sind zwei von den Anforderungen her verschiedene AHS-Formen geschaffen worden, stand dem fordernden Latein-Unterricht des Gymnasiums im RG nur „Geometrisches Zeichnen“ (GZ) gegenüber, das vom Lehrplan und von den Beurteilungsvorschriften her als reiner Zeichenunterricht konzipiert war. (Den Schulen, die aus GZ eine kleine „Darstellende Geometrie“ machen wollten, wurde schnell auf die Finger geklopft.)

Auf diese Weise ist aber nicht nur eine „schwerere“ und eine „leichtere“ AHS geschaffen worden, sondern den Hauptschulen ist mit den (lehrplanmäßig gleichgeschalteten) Realgymnasien eine mächtige Konkurrenz erwachsen,

der sie auf Dauer nicht standhalten konnten. Die Abschaffung der AHS-Aufnahmsprüfung und die ebenfalls von ÖVP und SPÖ zu verantwortende missglückte Hauptschulreform von 1982 taten

AHS Aufnahmeprüfung

ein Übriges, um die Hauptschulen in Ballungsräumen zu Restschulen verkommen zu lassen und gleichzeitig das Niveau der Höheren Schulen, auch der Gymnasien, wie noch darzulegen sein wird, kräftig herunterzudrücken. Ich werde nicht müde, darauf hinzuweisen, dass sich dieser Verfallsprozess durchgehend unter SPÖ-Unterrichtsministern abgespielt hat, die mit voller Absicht ihre Verantwortung nicht wahrgenommen haben, um so den Weg für die Gesamtschule freizumachen. Eine entsprechende Äußerung von BM Hilde Hawlicek (1987 – 1990) ist aktenkundig.

Gleichzeitig ist die Qualitätsschere zwischen Schulen mit gleichem gesetzlichen Auftrag kräftig aufgegangen. Denn eine Schule ist immer so gut oder so schlecht wie ihr Lehrkörper ist und der Direktor das zulässt. So haben einzelne Gymnasien die Ansprüche gesenkt, um im Wettlauf um den Schüler mithalten zu können, und einzelne Realgymnasien haben den ihnen durch die Schulautonomie eingeräumten Freiraum genützt, um an Qualität zuzulegen, etwa durch Schwerpunktsetzungen und/oder durch Implementierung einer zweiten Fremdsprache bereits in der Unterstufe. Als ein Beispiel darf ich das BRG Steyr anführen, die älteste höhere Bundesschule Ober-

österreichs außerhalb von Linz, die am 3. Oktober den 150. Jahrestag ihrer Gründung gefeiert hat. Nicht nur hat diese Schule schon seit Jahrzehnten große Erfolge bei Chemieolympiaden und Mathematikwettbewerben sowie in der Fußball-Schülerliga zu verzeichnen; es gibt dort auch Französisch bereits ab der 3. Klasse und bei dem bundesweiten Mathematiktest vom Mai 2012 hat

BRG Steyr

das BRG Steyr den oö. Durchschnittswert, ohnedies den besten von allen neun Bundesländern, noch um 20 Punkte übertroffen. Auch den Probelauf zur Zentralmatura hat das BRG Steyr mit Bravour absolviert. Zuletzt: Ein verbindlicher Ethikunterricht für Schüler, die sich vom konfessionellen Religionsunterricht abmelden, ist seit 15 Jahren Standard.

Das erwähnte Beispiel ist sicher kein Einzelfall. Und da kommt ein Jurist und nach eigenen Angaben mit Bildungsfragen bisher nicht befasster LH Haslauer daher und meint, Realgymnasien bräuchten keine eigene Unterstufe, da täte es die NMS auch! Wenn die ÖVP diesen „Kompromiss“ eingeht, dann zerstört sie damit nahezu alles, was es vom österr. Schulsystem noch an Positivem zu berichten gibt.

Ich vertrete nun schon seit vielen Jahren so ziemlich das Gegenteil von diesem „Kompromiss“, um das schwankende österr. Schulschiff wieder zu stabilisieren. (Nicht nur) ich meine, dass für eine höhere Allgemeinbildung, die

diesen Namen verdient, grundlegende Lateinkenntnisse unabdingbar sind, dass also in jeder AHS ein „Basic Latin“ in der 3. und 4. Klasse zu implementieren ist, das dann in der Oberstufe ausgebaut oder auf dem eine zweite lebende Fremdsprache aufgebaut werden kann. Es ist nicht zu erwarten, dass unter diesen Umständen (und einem objektivierten Aufnahmeverfahren) mehr als 20 Prozent eines Altersjahrganges einer AHS zufließen; für eine Hauptschule, die nach dem Leistungsvermögen ihrer Schülerschaft gegliedert und zusätzlich mit geeigneten Fördermaßnahmen ausgestattet ist, verblieben also 80 Prozent, womit diese (allenfalls auf fünf Jahre verlängerte) Schulform wieder in den Mittelpunkt der österr. Bildungslandschaft rücken würde.

Zuletzt ein paar Bemerkungen dazu, wie es die anderen Parteien

Die anderen Parteien?

mit diesem Thema halten. Das BZÖ hat sich nicht zuletzt wegen der noch auf Jörg Haider zurückgehenden Prinzipienarmut in Bildungsfragen aus dem Parlament verabschiedet. Das Team Stronach wandert in den Fußstapfen des BZÖ und dürfte dasselbe Schicksal erleiden. Für die NEOS, als Neugründung zwar zukunftssträchtiger, aber leider nur zeitgeistig-liberal und nicht grundsätzlich, hat ihr Obmann im „Kurier“-Interview vom 13. September bemerkt, man müsse in Österreich endlich davon abkommen, schon Zehnjährigen irreversibel Bildungschancen zuzuerkennen oder zu verweigern. Die Uninformiertheit des Herrn

Dr. Strolz ist damit ebenso belegt wie seine Präferenz, die – für einen Liberalen ein Widerspruch – dogmatisch fundiert sein dürfte. Auch der Satz aus ihrem Bildungsprogramm „Die Förderung der Stärken und Potenziale aller Kinder, auf verschiedenen Wegen, je nach Vorliebe und Talenten“ lässt darauf schließen, dass die NEOS auf Züge aufspringen, welche nirgendwo hinführen. Es ist nicht alles richtig, was Universitätsprofessoren von sich geben, auch wenn sie Hengstschläger heißen. Ich verweise auf den grundvernünftigen Kommentar von Ronald Barazon zu diesem Thema auf Seite 9.

Fortbestand der AHS-Langform

Bleibt schließlich noch die FPÖ, die inzwischen einzige Partei Österreichs, die bedingungslos an der gegliederten Mittelstufe festhält und für den Fortbestand aller AHS-Langformen eintritt. Sie hätte es sich verdient, dafür belohnt zu werden, etwa bei den EU-Wahlen im Frühjahr 2014. Ein entsprechender FPÖ-Erfolg könnte dann als Botschaft an die ÖVP verstanden werden, dass (auch) das Bildungsbürgertum mit ihr unzufrieden ist. Ansonsten kann der Ausgang der Europawahlen in Österreich ja ohnehin nicht viel bewegen, und die FPÖ wird früher oder später realisieren müssen, dass Euro-Skepsis und EU-Kritik ihre Grenzen haben. Nur unter dieser Bedingung könnte sie sich nämlich als möglicher Regierungspartner von ÖVP oder SPÖ wieder einmal ins Spiel bringen und so die unselige Zwangsehe dieser Parteien sprengen.

PS: *Der Chefverhandler der ÖVP, Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer, befindet im KURIER-Gespräch: „Bildung ist viel zu wichtig, als dass sie ein Tummelplatz für Ideologien sein sollte.“*

Wörtliches Zitat aus Kurier-Online vom 5. November, dem uneinge-

schränkt zuzustimmen ist. Bedeutet aber: Schluss mit einer Gesamtschuldebatte, in welcher die Ideologie dominiert, Rückkehr zu pädagogischer Vernunft und Erfahrung, Ende des NMS-Experiments zugunsten einer reformierten Hauptschule mit einem effizienten Fördersystem.

Hauptschüler schneiden besser ab als Mittelschüler

„Neue Mittelschule – Qualität im Lernen und Lehren“, diese Jubelmeldung inseriert derzeit das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur in diversen Printmedien. „Schöne Worte, doch die Wahrheit sieht anders aus“, sagt dazu FPÖ-Bildungssprecherin LAbg. Mag. Silke Lackner, „denn vier Jahre nach dem Start der sogenannten NMS gibt es einen ersten Vergleich zwischen dem neuen Schulmodell und der herkömmlichen Hauptschule. Und dieser stellt der Neuen Mittelschule kein besonders gutes Zeugnis aus!“

Berechnungen des Landesschulrates ergaben nämlich, dass 28,2 Prozent der Hauptschüler einen ausgezeichneten Erfolg verbuchen konnten, aber nur 23,1 Prozent der Mittelschüler. Bei den Hauptschülern freuten sich 14,7 Prozent über einen „guten Erfolg“, bei den Besuchern der NMS waren es nur 13,3 Prozent. „Diese Zahlen geben den freiheitlichen Bedenken leider Recht, es wurde ausgesprochen viel Geld in dieses Schulmodell investiert, der Erfolg lässt aber zu wünschen übrig“, so Lackner. Für die Freiheitlichen ist diese Entwicklung doppelt bedenklich, denn seitens des Ministeriums überschüttet man die NMS mit Geld und lässt parallel dazu die klassischen Gymnasien aushungern. Lackner: „Wir haben uns immer für den Erhalt der Gymnasien ausgesprochen, zumal die Neue Mittelschule ja ohnehin nur die Einführung der Gesamtschule über die Hintertüre ist!“

Sorgen macht den Freiheitlichen aber auch der übermäßig hohe Anteil von Schülern mit nichtdeutscher Muttersprache in den NMS speziell im städtischen Bereich: Laut einem aktuellen Ranking des Unterrichtsministeriums führt die Neue Mittelschule 5 in Linz mit 97 (!) Prozent Schülern mit nicht deutscher Muttersprache die Liste an. „Hier wäre es sinnvoll, die Kinder mehr in Richtung des Spracherwerbs zu fördern. Nicht nur die Unterrichtssprache, sondern auch die Schulsprache sollte künftig Deutsch sein, eigene Förderklassen würden die notwendigen Erfolge bringen“, argumentiert Lackner, „denn es macht keinen Sinn, die Kinder als außerordentliche Schüler ohne oder mit begrenzter Benotung die Zeit in den Klassen einfach absitzen zu lassen.“

„Im Bildungsbereich liegt vieles im Argen, das im Sinne unseres Nachwuchses raschest möglich adaptiert werden muss“, sagt Lackner, „schlecht ausgebildete Kinder sind schließlich die Arbeitslosen von morgen!“

Wie linke Dogmen und Inkompetenz unser Schulsystem zerstören

von Sepp Pasteiner

Nach 35 Dienstjahren in einem oft als „Eliteschule“ titulierten Gymnasium mit mehr als 500 erfolgreich durchgeführten Maturaprüfungen muss ich sagen: JA, unser Schulsystem ist krank geworden. Die Ursachen dafür sind:

1. Immer mehr Immigrantenschüler aus fremden Kulturkreisen. Man lässt sie ohne Deutschkenntnisse in die Volksschule und noch dazu haben viele keine Lernmotivation.
2. Die starke Kürzung der Wochenunterrichtszeit ab 2004, verbunden mit der Einführung der 5-Tage-Schulwoche, durch die naive ÖVP-Unterrichtsministerin Gehrler, verursachte einen intensiven Niveauverlust.
3. Wenn ein Schüler die Leistung nicht erbracht hat ist er früher gnadenlos durchgefallen. Da dieses nun weitgehend abgeschafft ist und somit kein Leistungsdruck besteht, verlassen bereits 20 % die Pflichtschule nach neun Jahren als funktionelle Analphabeten und auch das Niveau an den AHS und BHS sinkt.
4. Gegen lernunwillige und störende Schüler haben die Lehrer kaum wirksame Durchgriffsrechte – diese sollten unbedingt in ein neues Lehrerdienstrecht! Vielmehr wird ihre Autorität durch die linken Medien, in denen Pseudoschulexperten mit abstrusen Reformvorschlägen das große Wort haben, und neuerdings auch von Eltern („Mein Kind ist super, Schuld bei Problemen ist nur der Lehrer, außerdem verlangt er zu viel!“) immer häufiger in Frage gestellt. Immer mehr Lehrerinnen werden von Schülern ungestraft beschimpft, bespuckt, getreten oder gar geschlagen, was man tunlichst verheimlicht.
5. Während bei der Ausbildung der Professoren für die Höheren Schulen an den Universitäten eine hohe fachliche und pädagogische Auslese herrscht (nur 60 % schließen das Studium ab), gibt es dies an den Pädagogischen Hochschulen (Akademien) nicht. Fast jeder, der sich zum Pflichtschullehrer ausbilden lässt, kommt durch und über die Anstellung entscheiden dann nicht Zeugnisse, sondern das richtige Parteibuch. So halten ÖVP und SPÖ die Lehrer voll unter Kontrolle. Politisch gut abgesicherte Lehrer können sich auch manche Schlamperei leisten.
6. Die Auswahl der Direktoren erfolgt hauptsächlich nach parteipolitischen Gesichtspunkten. So sind in N.Ö. 90 % der Direktorenposten für Schwarze reserviert und 10 % für Rote. In Wien ist es genau umgekehrt. Unabhängige oder Freiheitliche haben so gut wie keine Chancen auf einen Direktorposten. Der Direktor muss sich seine Lehrer meist nach dem Parteibuch aussuchen.
7. Es gibt immer mehr linke „gutmenschliche“ Lehrer, die eine leistungsfeindliche Kuschelpädagogik vertreten, wie dies von BM Schmied und „Experten“ gefordert wird.
8. Da das Ansehen und die Autorität der Lehrer in der Öffentlichkeit immer mehr demoliert wird, die Bezahlung für Akademiker vergleichsweise niedrig ist, der Berufsstress aber ständig zunimmt, beginnt ein Lehrermangel. In Wien muss man bereits pensionierte Lehrer in die Schulen zurückholen, dazu junge Studenten und „Quereinsteiger“ ohne fachliche und pädagogische Ausbildung.
9. Die Schulreformpläne der ultralinken, inkompetenten SPÖ-Ministerinnen Schmied und Heinish-Hosek bezüglich der leistungsfeindlichen Gesamtschule, der Pflichtganztagschule und schlechteren Lehrerbezahlung (neues Dienstrecht!) sind eine Katastrophe. Dabei werden sie kräftig unterstützt von den Grünen, Frankies und ÖVPlern, sowie den Pseudoschulexperten Salcher, Schilcher, Androsch und Glattauer, aber auch den vielen linken Medien!
10. Die nivellierende, weil gleiche Ausbildung aller Lehrer, wie sie kürzlich von Schwarz und Rot beschlossen worden ist, wird das Niveau weiter senken und den Lehrermangel extrem beschleunigen, so dass man künftig jeden, der Lehrer werden will, auch wenn er für diesen Beruf noch so ungeeignet ist, wird nehmen müssen.
11. Die sonst so leistungsfeindlichen linken Parteien wollen zur Finanzierung ihrer Katastrophenpläne, dass die Lehrer bis zu 40 % mehr arbeiten sollen, wo-

durch eine ordentliche Unterrichtsvorbereitung nicht mehr machbar ist, und das ohne Lohnausgleich.

Spatenstich für Neubau des Österreichischen Gymnasiums in Prag

12. Die fachlich kompetenten Lehrgewerkschafter (ohne Neubauer!) werden, da sie gegen den linken Wahnsinn Widerstand leisten, verteufelt, was ungeheuren Frust bei den Lehrern erzeugt. (Nur die Lehrgewerkschaft hat einen Mitgliederzuwachs!).

13. Die „faulen Lehrer“ sind inzwischen an den Pflichtschulen (VS, HS, NMS) zu 90 % weiblich, an den AHS und BHS zu 70 %, und dürfen ab 2015 erst mit 65 Jahren in die Pension! Nur an der HTL und manchen Berufsschulen sind die männlichen Lehrer in der Mehrheit, wobei wegen der genannten Probleme ein großer Mangel an Diplomingenieuren herrscht. Weibliche Lehrer werden von den muslimischen Schülern, wenn diese in die Pubertät kommen, oft nicht mehr akzeptiert.

Prof. Mag. Dr. Sepp Pasteiner ist Bundesobmannstellvertreter des FÖLV und Landesobmann für N.Ö. der Freiheitlichen Lehrer

Am 2. April 2013 fand im Süden Prags – im Bezirk Modřan/Moďřany – ein zweifacher symbolhafter Startschuss für einen Neubau des österreichischen Gymnasiums statt. Zuerst werkten der ČR-Schulminister Petr Fiala und seine österreichische Amtskollegin Claudia Schmied nach tschechischer Tradition mit Hämmern am Grundstein, anschließend auf österreichische Art mit einem gemeinsamen Spatenstich. Herausgestrichen wurde, dass auch das neue österr. Gymnasium – wie schon am bisherigen Standort in Holeschowitz/Holešovice – eine Brückenfunktion zwischen beiden Ländern leben wird.

Die Schule ist zweisprachig, richtet sich also nicht an rein deutschsprachige Schüler. Claudia Schmied: „Sie lernen hier die deutsche Sprache und freunden sich auf eine bestimmte Weise mit Österreich und seiner Kultur an!“ Die Republik Österreich investiert rund 13 Millionen Euro für den Neubau des Gymnasiums, das ein schöner, großzügig angelegter Campus werden soll. Seit 1991 gibt es das österr. Gymnasium in Prag

schon, es ist für die fast 200 Schüler aber zu eng geworden und abgewohnt – wie Besucher schon klagten.

Der österr. Botschafter in Prag, Ferdinand Trauttmansdorff, hat die Pläne für einen Neubau tatkräftig unterstützt und meinte: „Die Schule bildet jene Experten aus, die viele Firmen und Institutionen beider Länder dringend brauchen!“

Eröffnung Feber 2015

Das Schulgebäude soll im Herbst 2014 fertig sein und der Unterricht sollte im Feber 2015 aufgenommen werden. Die Direktorin des Gymnasiums Isabella Benischek ist von dem großen Areal begeistert, das viele Grünflächen, Sportanlagen und Plätze haben wird. Die Schule will sich keinesfalls abschotten, betont Isabella Benischek, ein großer Mehrzwecksaal wird auch für Ausstellungen, Konzerte und andere Veranstaltungen zur Verfügung stehen und Leben in diesen Stadtteil Prags bringen.

OFFENLEGUNG

„Freie Meinung“ ist das Bundesorgan des Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverbandes und erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember). Besonders gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren bzw. der Landesorganisation wieder. Ziel der Druckschrift ist es, die politische Bildung zu fördern und Beiträge zur Verwirklichung freiheitlichen Gedankenguts in der Schulpolitik zu leisten.

Herausgeber, Eigentümer und Verleger ist der FÖLV, vertreten durch den Verbandsobmann. Sitz des Organs: 4040 Linz, Blütenstraße 21/1.

Inhalt: Hofrat Mag. Dieter Grillmayer, 4451 Garsten, Lahrndorferstr. 125, dgm@a1.net,

Tel. 0043-650-5202642. Gestaltung: Harald Baumgartner, 4212 Neumarkt, Tannbergstraße 2.

Hersteller: Pleschko & Pleschko, www.pleschko.com, 4631 Krenglbach 27

Die gefährliche Verherrlichung der vermeintlichen Talente

Es ist Mode geworden, die Talente der Kinder hochzuloben und die Schulen zu attackieren, weil sie die Talente ersticken würden. In der Öffentlichkeit kommt eine gefährliche Botschaft an: Man möge die Kinder nicht zu einer umfassenden Bildung zwingen, sondern ihre Talente entdecken und fördern. Die Allgemeinbildung sei der Weg in die Durchschnittsfalle, man würde von allem wenig wissen und insbesondere in dem Bereich, in dem man Außergewöhnliches leisten könne. Diese Überlegung beruht auf einer Reihe von Irrtümern.

- Ein Talent, das bei einem Kind entdeckt wird, muss sich nicht unbedingt bewähren. Ein viel versprechender Anfang an der Gitarre sichert noch keine Musikerkarriere.
- Die Interessen der Kinder wechseln und so wird einige Zeit ein Talent in einem Bereich vermutet und später in einem anderen.
- Konzentriert man die Ausbildung auf ein Talent und vernachlässigt die anderen Bereiche, nimmt man dem Kind die Möglichkeit, Chancen anderswo zu erkennen.
- Im meist langen Leben eines Menschen ergeben sich die verschiedensten nichtvorhersehbaren Herausforderungen in den verschiedensten Bereichen. Das in der Jugend vermeintlich oder auch tatsächlich gegebene Talent rückt oft weit in den Hintergrund.

Aus all diesen Faktoren ergibt sich die Notwendigkeit, den Kindern ein breit gefächertes Angebot an Themen zu präsentieren. Präsentieren darf aber nicht als unverbindliches Vorstellen wie auf einer Messe verstanden werden. Die Dinge müssen gelernt werden, und Lernen ist mit Arbeit und Disziplin verbunden. Die immer wieder strapazierte Illusion vom spielerischen Lernen stimmt nicht einmal bei den Fächern, für die man sich begeistert, bei anderen schon gar nicht. Womit man wieder bei den Predigern wider die Allgemeinbildung und der dro-

die Durchschnittsfalle

henden Durchschnittsfalle angeht. Und hier muss auf weitere Irrtümer verwiesen werden.

Die Verherrlichung des Talents und die Verteufelung der Gegenstände, in denen man nicht begabt

ist, passt zu einer anderen, falschen These: So vieles wird in der Schule unterrichtet, das man im Leben nie brauchen kann. Also auch hier die Botschaft, ein beachtlicher Teil des Unterrichts sei verzichtbar.

Hier wird ein kapitaler Faktor übersehen. In ausnahmslos jedem Wissensgebiet werden Prämissen, Folgen, Abläufe und Ergebnisse vermittelt. An Hand der jeweiligen Umstände werden Denkstrukturen aufgezeigt. Und jede einmal erarbeitete und nachvollzogene Denkstruktur ist wertvoll und hilft bei der Bewältigung von Herausforderungen in anderen Bereichen und Situationen.

Es mag also das konkrete Wissen „im Leben“ nicht von Nutzen sein, die in dem Wissen steckende Lösung eines Problems ergibt mit vielen anderen Lösungen in anderen vermeintlich unwichtigen Beispielen die im Leben lebenswichtige Denkfähigkeit. Das Den-

ken, die Flexibilität, die Fähigkeit, immer neue Herausforderungen anzunehmen und zu meistern, sind die Voraussetzungen für erfolgreiches Handeln. Diese Eigenschaften lassen sich aber nur an Beispielen trainieren. Da ist die Mathematik ebenso hilfreich wie die Literatur oder die Geschichte oder die Biologie oder jedes andere Fach.

Hauptaufgabe der Schule Kenntnisse erarbeiten

Diese Beispiele kommen aber bei den Kindern nicht an, wenn man nur ihre vermeintliche Talente fördert oder einen weiteren Logikfehler strapaziert: Großer Beliebtheit erfreut sich die These, dass Kinder nicht unterrichtet werden sollen, sondern sich die Kenntnisse selbst erarbeiten mögen. Hier wird übersehen, dass das Erarbeiten von Kenntnissen, einfacher ausgedrückt das Lernen, keine naturgegebene Eigenschaft ist, sondern die Hauptaufgabe der

Schule darstellt: Vor allem müssen Kinder lernen zu lernen. Und dies wiederum lässt sich nur an den ach, so schrecklichen Beispielen aus den ach, die Kinder so einschränkenden Fächern trainieren.

Die Konzentration auf die mutmaßlichen Talente schränkt die Fähigkeit der Jungen ein, im späteren Leben erfolgreich zu sein. Da protestieren die Verteidiger der Talente: Was aber mit den wahren Talenten, mit den neuen Mozarts, Einsteins, Freuds und Picassos, deren Genialität unter dem Wissensschrott der Schule erstickt?

Ein Talent, das untergeht, weil der Talentierte Wissen aus anderen Gebieten erwerben muss, kann kaum von besonderer Bedeutung sein.

In diesem Zusammenhang wird gerne auf die schlechten Schulnoten großer Genies verwiesen. Dieser Umstand ist aber kein gutes Argument für die Überbetonung der Talente: Die überragenden Leistungen wurden trotz der Schule erbracht, das Talent hat sich bewähren müssen und bewährt. Auch dieses Argument weist zum Gegenteil des angestrebten Beweises: Jeder schlechte Schüler fühlt sich als verkanntes Genie und somit bestärkt, das in der Schule angebotene Lebens-training zu missachten.

Die Apostel des Talents übersehen, dass die Genies genau jene Fähigkeiten in besonderem Maße benötigen, die in der Schule trai-

niert werden: Lernen, Denken, Verstehen und Disziplin. Man denke nur an die tausenden Übungsstunden eines Musikers, an das Trainingsprogramm eines Sportlers oder die Ausdauer eines Wissenschaftlers im Labor. Die Schule für Talente bietet den nicht Talentierten kein brauchbares Training für das Leben und schadet zudem auch den Genies.

Quelle: Ronald Barazon, Der Volkswirt 3/2012

Zur Verbesserung der Lehrerarbeitsplätze

In die Auseinandersetzung ÖVP-Obmann Spindeleggers mit den Lehrern um eine Verlängerung der Lehrerarbeitszeit in den Schulen bringt sich nun auch FPÖ-Bildungssprecher NAbg. Dr. Walter Rosenkranz ein: „Jedem, der sich mit Bildungspolitik beschäftigt, ist klar, dass die Lehrer nur mehr Zeit in den Schulen verbringen können, wenn vorher in einer Schulbauoffensive die Arbeitsplätze der Lehrer in den Schulen massiv ausgebaut werden.“

Dabei handelt es sich um eine Forderung der FPÖ seit Beginn der Debatte um die Lehrermehrarbeit. Nun sei für diese Bauoffensive der optimale Zeitpunkt, denn, so Rosenkranz: „Da sich die Regierung eben dazu bereit erklärt hat, die marode Bauindustrie durch Aufträge zu beleben, könnte so beiden – unserer Wirtschaft und unserer Bildungspolitik – geholfen werden.“

Zum neuen Lehrerdienstrecht

Zur Forderung von Staatssekretär Kurz nach mehr Migranten als Lehrer präzisiert FPÖ-Bildungssprecher NAbg. Dr. Walter Rosenkranz: „Anstatt sich auf Experimente einzulassen sollte sich Unterrichtsministerin Schmied lieber dafür stark machen, dass endlich das bereits seit langem diskutierte neue Lehrerdienstrecht auf Schiene kommt!“ Dies würde auch einen Motivationsschub für viele unentschlossene junge Leute bringen, den Lehrerberuf zu ergreifen. „Wer sich derzeit für den Lehrerberuf entscheidet, weiß ja nicht, worauf er oder sie sich einlässt und muss die sprichwörtliche Katze im Sack kaufen. Hier ist die Ministerin gefordert“, so Rosenkranz.

Die Sonderschule muss bleiben

Die Forderung des Grünen-Nationalrats Karl Öllinger, die Sonderschulen gänzlich abzuschaffen, lehnt FPÖ-Bildungssprecher und Vorsitzender des parlamentarischen Unterrichtsausschusses NAbg. Dr. Walter Rosenkranz ab: „Die Inklusionspädagogik in unseren Schulen ist schon in Ordnung und hat ihre Berechtigung. Es gibt aber auch schulpflichtige Kinder, die in regulären Schulklassen nicht unterrichtet werden können. Es haben daher auch unsere erstklassigen Sonderschulen mit ihren hervorragenden Lehrern ihre Daseinsberechtigung und müssen auf jeden Fall auch in Zukunft bestehen bleiben“, so Rosenkranz.

„Kinder werden völlig unnötig behindert“

Nachmittagsbetreuung, wie sie die Regierung will, habe mit einer richtigen Ganztagschule nichts zu tun, sagt Prof. Hopmann im STANDARD-Interview.

STANDARD: Die Regierung baut die ganztägige Betreuung an Schulen aus. Ist das ein großer Wurf?

Hopmann: Nein. Mit den Mitteln, zu denen die Regierung greift, lässt sich nur ein Betreuungsproblem lösen. Das ist auch vernünftig: In einer modernen Gesellschaft sollen beide Elternteile arbeiten können, ohne die Großmütter in Haft zu nehmen. Aber ein Förderproblem ist so nicht zu bewältigen.

STANDARD: Gibt es denn ein solches Förderproblem?

Hopmann: Aber sicher. Österreichs Schulsystem setzt eine aktive Mitarbeit des Umfeldes voraus. Kinder, die zu Hause nicht genug Unterstützung kriegen, verlieren spätestens nach der Volksschule Anschluss, Motivation und Lernvertrauen – je leistungsorientierter die Schule, desto schwieriger. Da werden Kinder völlig unnötig in ihrer Laufbahn behindert, indem sie zu wenig Förderung bekommen. Daran ändert eine simple Nachmittagsbetreuung nichts.

STANDARD: Unterricht am Nachmittag ist schon möglich – aber nur, wenn zwei Drittel der Lehrer zustimmen. Ist das Veto das Problem?

Hopmann: Das ist ein Nebenkriegsschauplatz, der zum in Österreich üblichen Lehrerbashing passt. Um die Betreuung auszubauen, brauche ich nicht unbe-

dingt vollqualifizierte Lehrer, sondern kann ich auch ein paar Freizeitpädagogen hinstellen wie im Hort. Da gibt es keinen sachlichen Grund, jemanden zu zwingen, bis 16 Uhr in der Schule zu bleiben. Was dabei nämlich übersehen wird: Der Lehrerberuf ist nicht zuletzt deshalb populär, weil er eine flexible Tagesgestaltung erlaubt und sich gut mit Familie vereinbaren lässt. Ändert sich das plötzlich, werden viele Lehrer in Teilzeit gehen. Das wird den herrschenden Lehrermangel nicht gerade entschärfen.

STANDARD: Machen die Lehrer nicht mit, ist aber keine Verschränkung von Unterricht und Betreuung am Nachmittag möglich.

Hopmann: Ob der Unterricht und die Betreuung hintereinander oder abwechselnd stattfinden, ist reichlich egal. Auch die nun immer wieder zitierte „verschränkte“ Form entspricht nicht einer richtigen Ganztagschule. Wer das, was die Regierung nun beschlossen hat, so nennt, verkauft eine Mogelpackung.

STANDARD: Was ist der Unterschied?

Hopmann: Echte Ganztagschulen funktionieren ganz anders, indem sie den Unterrichtstag auf die Lernbedürfnisse der Kinder abstimmen. Da wird nicht mehr mit festen Jahrgangsklassen gearbeitet, sondern mit flexiblen Groß- und Kleingruppen, die Gruppenräume, Ruhe-

Werkstätten und so weiter zur Verfügung haben. Der Ablauf in den Schulen muss so beweglich sein, dass Personal gezielt an den Stationen eingesetzt wird, wo es am meisten leisten kann – derzeit müssen Lehrer viel Kram bewältigen, für den man nicht studiert haben muss. Von all dem ist im Regierungsbeschluss keine Rede. Für eine Ganztagschule braucht es nicht nur Freizeitpädagogen, sondern Logopäden, Nativespeaker, Sozialpädagogen – das ganze Inventar, um die Kinder zu fördern.

STANDARD: Sollte die Ganztagschule also zur Regel werden?

Hopmann: Das wird sich Österreich nicht leisten können, weil es dafür um 20 bis 30 Prozent mehr Lehrkräfte bräuchte. Es wäre schon ein Riesengewinn, wenn es echte Ganztagschulen in jenen Ballungszentren gäbe, wo sich die Problemkinder häufen. Die Ressourcen müssten nach Maßgabe der Schwierigkeiten zugewiesen werden: Natürlich hat eine Schule ein größeres Problem, wenn dort zu 90 Prozent Moldauer und Tschetschenen sitzen und nicht Kinder von Juristen und Ärzten.

Quelle: DER STANDARD, 6.12.2012. Stefan Hopmann (58), geboren in Göttingen in Deutschland, ist Professor am Institut für Bildungswissenschaft der Universität Wien.

Eine Mio. Österreicher hat Lese Probleme

Eine neue Studie besagt:

Die Österreicher liegen bei den Leseleistungen unter dem OECD-Schnitt.

Rund 17 Prozent der Österreicher zwischen 16 und 65 Jahren verfügen nur über eine niedrige Lesekompetenz – das entspricht rund 970.000 Personen. Zu diesem Ergebnis kommt die erstmals durchgeführte OECD-Studie „Programme for the International Assessment of Adult Competencies“ (PIAAC), eine Art „Erwachsenen-PISA“. Im OECD-Vergleich liegt Österreich damit im Schnitt.

1,8 Prozent der Österreicher verfügten über zu geringe Lese- und Sprachfähigkeiten, um überhaupt an PIAAC teilzunehmen. 2,5 Prozent konnten höchstens konkrete einzelne Informationen in kurzen Texten identifizieren, bei ihnen war das Verständnis für Satzstrukturen nur in geringem Ausmaß vorhanden (Stufe unter 1). 12,8 Prozent verstanden zwar kurze Texte in unterschiedlichen Textformaten (z.B. digital oder gedruckt) mit etwas ablenkender Information bzw. Satzstruktur. Allerdings hatten sie Probleme, etwas längere Texte mit widersprüchlicher Information zu verstehen (Stufe 1).

Tests in 24 Staaten

PIAAC testete die Kenntnisse der Bevölkerung in 24 Staaten in den Bereichen Lesen, Alltagsmathematik und Problemlösen im Kontext neuer Technologien ab. Der Fokus lag dabei auf der Überprüfung von für Beruf und Alltag relevanten Schlüsselkompetenzen. Dazu zählen etwa das Lesen und

Verstehen kurzer Texte oder das Lösen einfacher Rechnungen, wie sie etwa beim täglichen Einkauf erforderlich sind. In Österreich wurden 5.100 zufällig ausgewählte Personen von der Statistik Austria befragt, weltweit nahmen 166.000 Personen teil.

Insgesamt schnitten die Österreicher durchschnittlich ab: Im Lesen erreichten sie einen Mittelwert von 269 Punkten, das ist leicht unter dem OECD-Schnitt (273). In der Mathematik kamen sie auf einen Mittelwert von 275 und damit leicht über den OECD-Schnitt (269). Bei PIAAC entspricht ein Unterschied von sieben Punkten einem Bildungsjahr. Beim Problemlösen am Computer lagen die Österreich-Werte praktisch genau im Schnitt.

Die besten Ergebnisse erzielten Finnland, Schweden, Norwegen und die Niederlande – diese Länder landeten in allen drei Testbereichen über dem OECD-Durchschnitt. In keinem einzigen Bereich über dem OECD-Schnitt und damit besonders schlecht schnitten Großbritannien (England, Nordirland), Südkorea, Zypern, Frankreich, Italien, Spanien, die USA, Polen und Irland ab.

Altersgruppe um die 30 am kompetentesten

Männer schnitten sowohl beim Lesen – hier allerdings nur knapp – als auch bei der Alltagsmathematik und beim Problemlösen im Kontext neuer Technologien bes-

ser ab als Frauen. Personen mit höherem Bildungsabschluss und Einkommen erreichten erwartungsgemäß auch ein höheres Kompetenzniveau, Erwerbstätige erzielten bessere Ergebnisse als Arbeitslose und Nicht-Erwerbspersonen. Jüngere zeigten ebenfalls höhere Kompetenzen als Ältere, am besten löste die Altersgruppe um die 30 Jahre die Aufgaben.

Unterschiede gibt es auch nach Wirtschaftszweigen, Berufsgruppen und Erstsprache: Beschäftigte in der Informations- und Kommunikationsbranche sowie Erbringer von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen erzielten die besten Leseleistungen, unterdurchschnittliche Leistungen zeigten vor allem Beschäftigte in der Beherbergung und Gastronomie sowie der Land- und Forstwirtschaft. Nach Berufsgruppen geordnet erzielten die akademischen Berufe die besten Leistungen, die schlechtesten Werte weisen Hilfsarbeiter auf. Personen mit anderer Erstsprache als der Testsprache erreichten in Österreich im Schnitt 239 Punkte (OECD: 247), Personen mit der Testsprache als Erstsprache 274 Punkte (OECD: 276).

Handlungsbedarf

„Handlungsbedarf für die österreichische Bildungs- und Weiterbildungspolitik“ sieht Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Unterrichtsministerin Claudia

Interessiert?

Sie wollen mit uns in Kontakt treten?
 Sie möchten mit uns diskutieren?
 Sie interessieren sich für uns?

... nur mal kontaktieren?
 Schreiben Sie an eine dieser Adressen
 oder schicken Sie eine Mail an FLV@gmx.at

Sie möchten beitreten und mitmachen?
 Bitte sehr, gerne!
 Beitrittserklärung ausfüllen oder
 einfach nur Mail schicken!

Freiheitlicher Lehrerverband
 Blütenstraße 21/1
 4040 Linz



Beitrittserklärung

Vorname: Zuname:

Schultyp: Amtstitel:

Straße/Nr.:

PLZ / Ort:

Tel.Nr.: E-Mail:

Geboren am:

Ich trete dem FLV / Landesverband bei.

Datum: Unterschrift:

Schmied (beide SPÖ) will das Tempo beim Ausbau qualitativ hochwertiger Bildungsangebote von der Elementarpädagogik bis zur Erwachsenenbildung erhöhen. Nach Ansicht Hundstorfers muss das Weiterbildungsangebot in Österreich verstärkt werden, außerdem sprach er sich für eine Ausbildungsverpflichtung nach Vorbild der Niederlande aus, wo alle Jugendlichen bis 18 Jahre irgendeine Art von Bildung oder

Weiterbildung absolvieren müssen. Ein „Traumziel“ für ihn wäre das Recht auf Bildungskarenz für Arbeitnehmer.

Quelle: APA/TAN, 11.10.2013

Dem

Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverband

4040 Linz, Blütenstraße 21/1, www.flv.at
 gehören an:

Freiheitlicher Niederösterreichischer Lehrerverein

Obmann: Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner
 2700 Wr. Neustadt
 Schönthalgasse 1

Freiheitlicher Oberösterreichischer Lehrerverein

4040 Linz, Blütenstraße 21/1
 Obfrau:
 SR HOL Dipl. Päd. Christine Baumgartner
 4212 Neumarkt/Mühlkreis, Tannbergstr. 2

Freiheitlicher Salzburger LandesLehrerverein

5020 Salzburg, Ginzkeyplatz 10
 Obmann: Mag. Johann Lehrer
 5322 Hof, Am Römerfeld 18

Freiheitlicher Lehrerverein Steiermark

8510 Stainz, Anna-Plochl-Straße 5
 Obmann: Jürgen Zechner

Freiheitlicher Lehrerverein Tirol

6020 Innsbruck, Leopoldstr. 72
 Obmann: Mag. STR Hartmut Gatternigg
 6020 Innsbruck,
 Kanonikus-Gamper-Gasse 4

Kontakt Vorarlberg

Mag. Siegfried Neyer Widumweg 4 6780
 Schruns

Freiheitlicher Wiener Lehrerverein

Obmann:
 SR Dipl. Päd. BOL Franz J. Etzelstorfer
 1010 Wien, Bartensteingasse 14

Kontaktadresse Burgenland:

HOL Josef Kotzenmacher
 7152 Pamhagen, Weingartengasse 5

Kontaktadresse Kärnten:

Dr. Heiner Zechmann
 9500 Villach, Distelweg 2

Die Leitung des Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverbandes:

Obmann:

**Mag, Siegfried Neyer,
 6780 Schruns, Widumweg 4**

Stellvertreter:

SR HOL Dipl. Päd. Christine Baumgartner
 SR BOL Dipl. Päd. Franz J. Etzelstorfer
 Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner



Lehrer schwindeln bei Noten

US-Pädagogen schönerten die Ergebnisse ihrer Schüler, um selbst bessere Noten zu erhalten

Traumnoten: 97 Prozent der Schullehrer in Florida gelten als „effektiv oder sehr effektiv“, in Michigan sogar 98 Prozent. Auch in Tennessee wurden im behördlichen Bewertungsverfahren zuletzt 98 Prozent der Lehrer als „den Erwartungen entsprechend“ benotet. Was nach einer optimalen Lehrerausbildung und bis in die Haarspitze motivierten Pädagogen klingt, ist zumindest teilweise das Ergebnis eines manipulierbaren Evaluierungssystems, berichtet Spiegel Online Link. Denn selbst an Schulen in Chicago, wo Testergebnissen zufolge die Mehrheit der Viertklässler kaum lesen kann, gibt es gute Noten für die Lehrer.

21 Änderungen in 6 Jahren!

Dabei sollte ein neuer Kriterienkatalog endlich differenziertere Ergebnisse bei der Lehrerbewertung liefern. 4,5 Milliarden Dollar stellte die Regierung den Bundesstaaten im Rahmen des „Race to the Top“-Förderprogramms dafür zur Verfügung. Es ist eine ewige Baustelle: In Florida etwa wurden diese Kriterien binnen sechs Jahren 21-mal geändert, die Verwaltung wollte die Hürden für Lehrer nicht zu hoch anlegen. Das dürfte in vielen Regionen auch auf den Einfluss von Lehrerergewerkschaften zurückgehen, die bei der Einführung neuer Bewertungsverfahren beteiligt sind. Doch die neuen Testverfahren ändern wenig, die überwiegende Mehrheit der Lehrer schneidet weiterhin gut oder sehr gut ab.

Eine der gravierendsten Änderungen der Eignungsüberprüfung öffnet Tür und Tor für Manipulationen. So werden die Lehrer mittlerweile nicht nur anhand der Noten ihrer Vorgesetzten, sondern auch nach der Leistung ihrer Schüler bewertet. Wenn Schüler Klasse Noten haben, so können

ihre Lehrer nicht schlecht sein, könnte man meinen. Dass die Mehrheit der Lehrer auch bei den neuen Verfahren außerordentlich gut abschneidet, erklären Experten so: Das Benoten der Schüler in standardisierten Testverfahren ist keineswegs das objektive Kriterium für die Qualität von Lehrern, als das es die Reformer ausgegeben hatten. Denn eine strikte Koppelung der Lehrernoten an die ihrer Schüler schafft fatale Anrei-

Lehrer übersehen bewusst Fehler

ze. In Georgia ist ein besonders krasser Fall aufgedeckt worden, der die möglichen Konsequenzen solcher Beurteilungsverfahren aufzeigt: Dort sind 35 Lehrer des Betrugs angeklagt, weil sie Fehler in den Tests ihrer Schüler verbessert haben sollen, um bessere Noten vergeben zu können und dadurch selbst besser abzuschneiden.

Spitze des Eisbergs?

Bereits über Jahre sollen die Schulbediensteten die Zensuren bei schulübergreifenden Vergleichstests geschönt haben. Ziel

war es, ihre Schulen und somit sich selbst als besonders erfolgreich erscheinen zu lassen – und Belohnungen dafür zu kassieren. Über mindestens vier Jahre – zwischen 2005 und 2009 – dürften Lehrer falsche Test-Antworten von Schülern korrigiert, sie durch richtige ersetzt oder einfach bessere Noten verteilt haben, als die Schüler verdient hätten. „Der Betrug dauerte so lange an, wir sahen ihn als Teil unseres Berufs an“, sagte eine Lehrerin, nachdem der Skandal aufgefliegen war. Hauptangeklagte ist eine 2011 zurückgetretene Schulrätin, ohne die die Mogelei in einem derart großen Ausmaß nicht möglich gewesen sei, wie der zuständige Bezirksstaatsanwalt Paul Howard festhält: „Sie hat sich voll und ganz an dieser Verschwörung beteiligt.“ Wer von den Mogeleyen berichtet habe, sei von ihr gefeuert

Boni für "besonders erfolgreiche" Lehrer

worden. Umgekehrt seien besonders „erfolgreiche“ Lehrer mit Boni belohnt worden, die Schulrätin selbst habe während ihrer Amtszeit 500.000 Dollar eingestrichen, berichtet die New York Times.

Im Falle eines Schuldspruchs drohen der Schulrätin bis zu 45 Jahre Gefängnis. Der Schulbezirk in Atlanta mit vielen Schülern aus armen und afroamerikanischen Familien habe dadurch so ge- glänzt, dass die Schulrätin 2009 von der US-Vereinigung für Schul- Verwaltungsbedienstete zur „Auf- sichtsbeamtin des Jahres“ gekürt und von Bildungsminister Arne

Duncan sogar ins Weiße Haus eingeladen wurde. Die plötzliche und massive Verbesserung der Testergebnisse und verdächtig vieler Radiergummi-Spuren auf den Testbögen ließen die Behör- den schließlich einen Betrug ver- muten, doch Anklage erheben konnte die Staatsanwaltschaft erst, als sich eine Grundschulleh- rerin, die jahrelang Testergebnisse

gefälscht hatte, zur Zusammenar- beit mit den Behörden bereit er- klärte. Sie kam mit einem verborgenen Aufnahmegerät zu den Mogelsitzungen und ist jetzt Kronzeugin im anstehenden Ver- fahren.

Quelle: „Kurier“-Online

Zur Lehrerbildung NEU:

Die Eintracht von Unterrichtsministerin Schmied und Wissen- schaftsminister Töchterle in Bezug auf die Lehrerbildung NEU kann der FPÖ-Bildungssprecher und Vorsitzende des parlamentarischen Unterrichtsausschusses Dr. Walter Rosenkranz nicht nachvollziehen: „Von den 153 Stellungnahmen zum Gesetzesentwurf, die Mehrheit ablehnend, das muss uns zu denken geben.“ Etliche essenzielle Punk- te seien in dem Entwurf vergessen worden – sie gelte es noch zu be- rücksichtigen.

„Die Harmonisierung der Lehrerbildung an zwei Orten, PHs und Universitäten, ist nur die zweitbeste Lösung“, fährt Rosenkranz fort. „Die beste Lösung wäre zweifellos die vom Rechnungshof empfohlene Vereinigung der wissenschaftlichen und didaktischen Kompetenzen unter einem Dach in Form von Pädagogischen Universitäten.“ Hier könne – im Gegensatz zur Gesamtschule – auch Finnland als Vorbild dienen. Weitere wichtige Punkte seien die Berücksichtigung der Pra- xisausbildung vom ersten Tag als Lehramtsstudent an. Rosenkranz: „Für gute Lehrer ist nicht entscheidend, dass sie zu Studienbeginn studierfähig sind, sondern letztlich ihre Berufsfähigkeit im Lehrerbe- ruf.“

Wichtige Eigenschaften, wie die Fähigkeit, gute Beziehungen zu den Schülern aufzubauen, Stressresistenz, aber auch Fachwissen seien dazu nötig. „Hier herrscht vor der Abstimmung über die 'Lehrerbil- dung NEU' noch dringender Handlungsbedarf, um keine halbherzige Lösung zu bekommen.“ Bedauerlich sei ebenso, dass die so wichtige Elementarpädagogik im Kindergarten gänzlich fehle. „Entscheidend für die Zukunft des Lehrerberufes ist aber auch ein neues Lehrerdienstrecht, das eigentlich gleichzeitig mit der 'Lehrerbildung NEU' vorgelegt hätte werden müssen“, so Rosenkranz.

Zur Bestellung von LH Haslauer zum Koalitionsverhandler in Bildungsfragen

Die Entscheidung der ÖVP, den Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer für das Ressort Bildung in die Regierungsverhandlungen mit der SPÖ zu schicken, wertet FPÖ-Bildungssprecher NAbg. Walter

Zur Reform der Schulverwaltung

„Kurz vor der Wahl werden die Regierungsparteien anscheinend hyperaktiv und die Anzahl der Gesetze, die noch schnell-schnell ohne Einbindung der Opposition durchs Parlament durchgepresst werden sollen, nimmt zu“, kommentiert FPÖ-Bildungssprecher NAbg. Dr. Walter Rosenkranz den Entwurf des Gesetzes zur Schulverwaltungsreform.

„Einer so wichtigen Reform, die SPÖ und ÖVP jahrelang verschlafen haben, soll nun eine der Oppositionsparteien zur Zweidrittel-Mehrheit verhelfen! Das ist reichlich spät.“ Kritikpunkte an dem Gesetzesentwurf gebe es freilich genug, so Rosenkranz, da seien die anschließend nötigen Änderungen bereits vorprogrammiert: „Die Bezirksschulräte sollen abgeschafft werden, was eine Verwaltungsreduzierung um eine ganze Ebene bedeuten würde. Gleichzeitig sollen aber Außenstellen des Landesschulrats – sogenannte „Bildungsdirektionen“ – gegründet werden, da fragt man sich nach der Sinnhaftigkeit so einer Reform“, meint Rosenkranz.

Zudem werde eine tatsächliche Ersparnis durch das Gesetz stark bezweifelt, durch zusätzlich nötig werdende Planstellen im juristischen sowie im Verwaltungsbereich könnten die Kosten sogar steigen. „Wenn SPÖ und ÖVP die Schulverwaltung tatsächlich ernsthaft reformieren wollen, so wird sich die FPÖ dem natürlich nicht verschließen.“ Dabei dürfe jedoch auch eine freiheitliche Handschrift nicht fehlen. Rosenkranz: „Deutschkenntnisse vor dem Eintritt in eine Regelschule oder die Einführung einer Obergrenze an Kindern aus europafernen Kulturräumen in den Schulklassen müssten im Rahmen einer Schulverwaltungsreform dann jedenfalls auch berücksichtigt werden“, so Rosenkranz.

Rosenkranz als schlechtes Zeichen: „Haslauer ist in der Vergangenheit bereits durch sein Befürworten der Gesamtschule negativ aufgefallen. Dies lässt nichts Gutes für die bildungspolitische Linie der ÖVP in der nächsten Regierungsperiode erwarten.“ Die „West-Allianz“ der links-grün angehauchten ÖVP-Landeshauptleute gebe jetzt offenbar in Abschaffung der Gymnasien in der ÖVP den Ton an. Wieder ein Symptom der Schwäche von Parteichef Spindelegger. „Wie vor der Wahl befürchtet, verrät die ÖVP ihre Position in Bildungsfragen im Nu“, so Rosenkranz.

Ja zum Erhalt der Gymnasien!

„Mit der schönen Phrase ‚die Potentiale der Kinder in Richtung einer individuellen Leistungsdifferenzierung ohne beschränkende Festlegung durch eine frühe Bildungsentscheidung entwickeln zu lassen‘ soll der Weg in die Gesamtschule durch die Hintertür geöffnet werden, wie aus einem aktuellen Papier der Sozialpartner hervorgeht. Das lehnen wir ganz klar ab“, sagt die Bildungssprecherin der FPÖ Oberösterreich, LAbg. Mag. Silke Lackner.

„Der Zwang für alle 10- bis 14jährigen, eine gemeinsame Klasse zu besuchen, wird das Niveau in der Schule weiter sinken lassen. Wir warnen vor diesem linken Schultyp und treten für ein differenziertes Schulsystem ein, in dem alle Schüler je nach Begabung und Talent gefördert werden“, so Lackner.

„Daher wird sich die FPÖ auch weiterhin für den Erhalt der Gymnasien stark machen. Diese Schulform muss erhalten und finanziell bestmöglich ausgestattet werden. Ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem ist unsere oberste Priorität. Die Gesamtschule würde den Untergang der Gymnasien besiegeln. Wir setzen uns vehement gegen die Gleichmacherei in der Schule ein und sagen ganz klar NEIN zur Gesamtschule“, so Lackner abschließend.